

Öffentliche Beschlüsse

über die 8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Fürstentfeld- bruck

TOP 1	Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister
--------------	---

Es liegen keine schriftlichen oder mündlichen Anfragen vor.

TOP 2	Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
--------------	--

Es liegen keine in nichtöffentlichen Sitzungen gefasste Beschlüsse gem. Art. 52 Abs. 3 GO zur Bekanntgabe vor.

TOP 3	Freiwillige Feuerwehr Aich; Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Ersatzbeschaffung eines Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeugs HLF 10
--------------	--

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der vorzeitigen Ersatzbeschaffung des Hilfsleistungs-Löschgruppenfahrzeugs HLF 10 der Freiwilligen Feuerwehr Aich zu. Dazu wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung auf dem Investitionscode FZGM320002 in Höhe von 385.000,00 € genehmigt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Vergabeverfahren zur Ersatzbeschaffung des HLF 10 der Freiwilligen Feuerwehr Aich durchzuführen.
3. Der Oberbürgermeister o.V.i.A. wird ermächtigt, auf Grundlage der Ergebnisse des Vergabeverfahrens die Aufträge für die Ersatzbeschaffung des HLF 10 zu vergeben.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss ist über die Vergabe zu informieren.

TOP 4	Leitziele für den Verkehrsentwicklungsplan
--------------	---

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Den vorgelegten Leitziele mit Präambel wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage in Zusammenarbeit mit dem Planerteam Vorschläge aus der Mobilitätswerkstatt # 3, der dazugehörigen Online-Beteiligung, dem Nachbarkommunen Workshop und dem Maßnahmen-Workshop mit dem Beirat vorzulegen und in Abstimmung mit dem Lenkungskreis einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, der den zuständigen politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt wird.

TOP 5	Sachantrag Nr. 195: Angebot von Covid-19-Tests für kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Bürgerinnen und Bürger
--------------	---

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dem Sachantrag der Fraktion der Freien Wähler Nr. 195 grundsätzlich nicht zu entsprechen und mit Ausnahme der Reihentestung der Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes keine weiteren COVID-19-Testungen an die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Bürgerinnen und Bürger auf Kosten der Stadt anzubieten. Stattdessen sollen die betreffenden Personen zur kostenfreien Testung an den jeweiligen Hausarzt bzw. die jeweilige Hausärztin **oder an die Teststationen** verwiesen werden.

TOP 6	Aktion zur Belebung des Einzelhandels
--------------	--

geänderten Beschluss:

Der Stadtrat beschließt,

1. das vorgelegte Stadtmarketing (Belebung des Einzelhandels) der Verwaltung weiterzuverfolgen.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

2. die Verordnung der Parkgebühren außer Kraft zu setzen.

TOP 7	Sachantrag Nr.125 von Die Partei & FREI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Grundsatzbeschluss zu Änderungen der städtischen Beiratsatzungen und der Geschäftsordnung
--------------	---

– teils geänderte – Beschlüsse:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen sechs Satzungen für die Beiräte der Stadt Fürstenfeldbruck zu überarbeiten. Dabei sind folgende Änderungen vorzunehmen:

- a) Die Aufwandsentschädigung des einzelnen Beiratsmitgliedes für ein volles Tätigkeitsjahr wird ab 01.01.2021 von bislang 100 € auf 150 € erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

- b) Die zusätzliche Aufwandsentschädigung des vorsitzenden Beiratsmitglieds wird ab 01.01.2021 von bislang 50 € auf 100 € jährlich erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

- c) Das teilweise in den Beiratssatzungen formulierte Antragsrecht ist umzuformulieren in:

Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht für den Stadtjugendrat. Das Antragsrecht des Stadtjugendrates ist zu überprüfen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 4

- d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 13

- e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

TOP 8	Beirat für Menschen mit Behinderung; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Beirat für Menschen mit Behinderung der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SBMB)
--------------	---

TOP 9	Sportbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Sportbeirat der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck (SBS)
--------------	---

TOP 10	Seniorenbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Seniorenbeirat der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck (SenBS)
---------------	---

TOP 11	Wirtschaftsbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Wirtschaftsbeirat der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck (WBS)
---------------	---

TOP 12	Umweltbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Umweltbeirat der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck (UBS)
---------------	---

TOP 13	Stadtjugendrat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Stadtjugendrat der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck (StjS)
---------------	--

TOP 14	Änderungssatzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung der Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Stadt Fürstentfeldbruck
---------------	---

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Stadt Fürstentfeldbruck.

(ohne StR Halbauer, StR'in Merkl, StR Piscitelli, StR'in Geißer, StR Weber)

TOP 15	Erschließungsbeitrag Ganghoferstraße-West; Behandlung nach Art. 13 Abs. 6 Satz 2 KAG und
---------------	---

Beschluss:

Der Erschließungsbeitrag für den Umbau der Ganghoferstraße im Abschnitt zwischen Wilhelm-Busch-Straße und Theodor-Heuss-Straße muss aufgrund der angespannten Haushaltslage erhoben werden.

Ein vollständiger Erlass des Beitrags nach Art. 13 Abs. 6 Satz 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) bzw. § 16 Abs. 2 Satz 2 Erschließungsbeitragssatzung kann nicht gewährt werden.

(ohne StR Halbauer, StR'in Merkl, StR Piscitelli, StR'in Geißer, StR Weber)

TOP 16	Aktualisierung der Demografiestudie und des Folgekostenkonzepts, Beschluss der Projektliste
---------------	--

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Das aktualisierte Gesamtstädtische Konzept zu den sozialen Infrastrukturfolgekosten der Stadt Fürstfeldbruck (Anlage 2) inklusive des aktualisierten Demografieberichtes (Anlage 3) von 2020 des Büros Gertz Gutsche Rümenapp wird beschlossen. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, die erforderlichen Rechtshandlungen vorzunehmen sowie eventuelle notwendige Erklärungen abzugeben

Ja-Stimmen: 32

Nein-Stimmen: 4

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage für alle Bauleitpläne, für die noch keine Auslegung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB begonnen hat, Folgekosten zu erheben, sofern nicht bereits andere vertragliche Regelungen bestehen.

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 3

3. Die Wohnbauprojekte der Priorität A und B der Projektliste (gelb markiert in Anlage 5) werden beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Projekte weiter planerisch voranzutreiben. Der Stadtrat nimmt die Einteilung der übrigen Projekte zur Kenntnis.

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 3

4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst 2021 den Stadtrat über den aktuellen Stand der Projektliste zu informieren.

TOP 17	Eilantrag auf Aufnahme von Geflüchteten aus dem Lager Moria auf Lesbos im Stadtgebiet
---------------	--

Herr **OB Raff** schlägt vor, die Sitzung weiterzuführen und die nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte noch zu behandeln.

Frau **StR'in Dr. Zierl** beantragt, die Sitzung zu schließen und den nichtöffentlichen Sitzungsteil nicht mehr aufzurufen, da sie der Meinung ist, dass 30 Minuten für die Beratung nicht ausreichen.

Abstimmung über den Antrag gemäß § 32 Abs. 10 der Geschäftsordnung:

Ja-Stimmen: 20
Nein-Stimmen: 16

Die Sitzung wird fortgeführt und die nichtöffentliche Tagesordnung noch aufgerufen.

TOP 18	Verschiedenes
---------------	----------------------